

# BürgerInnenbrief **Mitte**

1. November 2010



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

**Kleckern & Klotzen +++ Ausschluss wg. »Bruchs der Verschwiegenheit«? +++ Gemeinschaftsstraße? +++ Gedenkkultur**

## **Sparpolitik: Vom Kleckern & Klotzen**



Menschenkette am gegen Sozialabbau 30. September 2010

Die Proteste gegen den Streichungswahn des schwarz-grünen Senats nehmen zu und können erste Erfolge vermelden:

- 16.000 Menschen beteiligten sich am 30. September an einer Menschenkette und machten ihre Ablehnung des sozialen und kulturellen Kahlschlags durch den Senat deutlich: »Gerecht geht anders!«
- Um die 100 WilhelmsburgerInnen brachten am 2. Oktober auf dem Hamburger Rathausmarkt ihren Unmut über die »Sparpolitik« und die Autobahnpläne für die Elbinsel zum Ausdruck.
- Am 6. Oktober legten 3.000 BeamtInnen gegen die Kürzung ihres Weihnachtsgeldes um bis zu 1.500 Euro eine weitere Kette um das Rathaus.
- Rund 7.000 ließen es auf der Leerstandsdemo am 23. Oktober krachen: »Leerstand zu Wohnraum! Sofort die Wohnungsfrage lösen!«

- Am 28. Oktober bekannten 2.500 DemonstrantInnen: »Wir sind das Altonaer Museum, das Schauspielhaus und die Bücherhallen!«

- Am 30. Oktober gingen 1.500 IG MetallInnen auf die Straße und forderten: »Weg mit dem Sparpaket – Kurswechsel jetzt!«

Weitere Aktionen und »Aktiönchen« – vom »Kahlschlag-Rundgang« am 20. Oktober in Steilshoop bis hin zum Flashmob gegen die Streichungen in der Kinder- und Jugendarbeit am 29. Oktober im Hauptbahnhof – haben dazu beigetragen, dass Grün-Schwarz ordentlich unter Druck ist. Und überall wurde angekündigt, dass diese Protestaktionen nur der Auftakt für einen noch heißeren Herbst und Winter seien.

Tatsächlich zeitigt der Protest erste Erfolge. 60.000 Unterschriften für den Erhalt des Altonaer Museums, wiederholte Proteste der Schauspielhaus-Leute im Theater und auf der

Straße sowie die breite Empörung gegen die geplanten Bücherhallen-Kürzungen bei vielen Menschen und auch in den Medien haben die Senatsoberen zu einem gewissen »Einsehen« gezwungen. Am 28. Oktober wurde verkündet, dass

- das Altonaer Museum erhalten bleibt (allerdings muss nun die Stiftung Historische Museen einen »Sparbeitrag« von 3,44 Millionen erbringen, in vollem Umfang allerdings erst bis 2014 – die drohende Schließung eines Museums ist damit nicht aus der Welt, womöglich nur verschoben);
- das Deutsche Schauspielhaus die komplette Kürzungssumme von 1,2 Millionen Euro erst in der Spielzeit 2013/2014 verkraften muss;
- die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen nicht 1,5 Millionen Euro, sondern »lediglich« 500.000 Euro einsparen müssen.

Vor allem bei den betroffenen Einrichtungen und ihren MitarbeiterInnen bedeutet dies ein erstes Aufatmen. Die bürgerlichen Medien ließen an Unkultur-Senator Reinhard Stuth (CDU), der schon einmal wegen offenkundiger Unfähigkeit als Staatsrat vorzeitig in den gut bezahlten Ruhestand geschickt wurde, kaum ein gutes Haar. Doch nun ist in dieser Hinsicht erst Mal wieder die Luft raus: Der Mann mit der Fliege ist noch immer da und wird wohl auch bleiben.

Einige Millionen werden gestreckt, hier ein bisschen zurückgenommen, da ein wenig nachgelassen, doch diese Summen machen nur einen Bruchteil dessen aus, was die große Streichungsliste des Senats vorsieht. Es ist schon bemerkenswert, dass sich alle Medien von der Welt über die Morgenpost und das Abendblatt bis hin zur taz über den »Kulturbruch« echauffieren, aber wenig Notiz davon nehmen, dass es neben den ursprünglich geplanten Streichungen von sechs bis sieben Millionen Euro in diesem Sektor auch um weit über 400 Millionen in anderen Bereichen geht, die den BürgerInnen noch in ganz anderen Dimensionen den Atem nehmen werden.

Über den vom Senat am 22. September unter dem beschönigenden Titel »jährliche Konsolidierung« mitgeteilten Streichungswahn ist schon an anderer Stelle ausführlich berichtet worden, ich will hier nur an einige Punkte erinnern, die Teile

der finanziell eh nicht üppig ausgestatteten BürgerInnen treffen werden:

- Kürzung von »lächerlichen« 7,6 (2011) bzw. 10,0 Millionen Euro (2012), die bei der Studienförderung und dem Studentenwerk, also beim Mensaeessen, eingespart werden,
- Streichung von 370.000 Euro, die bisher den Schulzahnärztlichen Dienst ermöglichen haben,
- Kürzung von 1,8 Millionen Euro in der Arbeitsmarktpolitik, was u.a. das Aus für 3.000 zwar ungeliebte 1-Euro-Jobs bedeutet – ohne Alternativen für die Betroffenen anzubieten,
- drastische Reduzierung der Unterkunftszuschüsse bei Hartz IV-BezieherInnen um 37 Millionen Euro.

Und, und, und... Der Platz in diesem BürgerInnenbrief reicht nicht aus, um die insgesamt 300 Streichungsmaßnahmen auch nur annähernd zu »würdigen«.

Es handelt sich bei dieser Politik nicht wirklich um das so gern bemühte Argument, die Stadt müsse den Rotstift wegen der angespannten Haushaltslage nun mal überall anwenden und sparen und streichen. Es geht um eine gigantische Umverteilung von Mitteln: Bei der Elbphilharmonie wird nicht gespart, bei der U4 nicht, bei der HSH Nordbank erst recht nicht, und auch beim Stadtmarketing wird eher geklotzt, denn gekleckert.

Gekleckert wird ganz woanders: So rühmt sich der Senat, ganze sechs (in Zahlen: 6) zusätzliche SteuerprüferInnen neu einzustellen, die Zusatzeinnahmen in Höhe von 6,2 Millionen Euro erbringen sollen (und die in den Etat der Stadt bereits eingestellt wurden). 100 oder gar 150 zusätzliche PrüferInnen, wie von der LINKEN gefordert und bereits mehrfach als Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, würden sich also allemal rechnen und nicht nur zusätzliche Steuereinnahmen bedeuten, sondern auch zur Steuergerechtigkeit beitragen, indem vor allem diejenigen Besserverdienenden, die bisher ihre Einkommen am Fiskus vorbeimogeln, zur Finanzierung von öffentlichen Angelegenheiten herangezogen werden. Aber bei gar zu vielen SteuerprüferInnen würde es wohl nach Auffassung des Senats die Falschen treffen, und so lässt man es bei sechs.

## joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite <http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischauen!



Geklotzt wird dagegen ab Mai 2011 bei den um bis zu 300% erhöhten Parkgebühren an allen 11.000 öffentlichen Parkplätzen mit Parkscheinautomaten. Für deren bessere Kontrolle wird eine 100köpfige Sondereinheit unter Vertrag genommen. Diese sollen statt bisher 7,6 zukünftig 23 Millionen jährlich der Stadtkasse bringen. Es gehen also auch mehr Kontrolleure als sechs, es muss aber die Richtigen treffen, in diesem Fall die Masse der AutofahrerInnen [der oder die FahrerIn von Luxuskarossen kanns eh wegstecken]. Nicht, dass ich missverstanden werde: Auch ich bin für die Zurückdrängung des Autoverkehrs aus den Metropolen, aber vor allem dadurch, dass das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr gut und günstig gestaltet und ausgebaut wird (um z.B. den Osdorfer Born vernünftig anzuschließen). Stattdessen werden die HVV-Fahrpreise zum 1. Januar 2011 nach gerade mal einem Jahr schon wieder erhöht. Ob diese Erhöhung und die heftig erhöhten Parkgebühren das Parken in der zweiten Reihe und das Zustellen von Trottoirs verhindern, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

In unserer Stadt stimmen unter Grün-Schwarz die Relationen nicht mehr: Da werden eben keine 100 SteuerprüferInnen eingestellt, um die Reichen an ihre gesellschaftlichen Pflichten zu »erinnern«. Das Geld für 100 Parkkontrolleure ist vorhanden, die Knöllchen en gros ans gemeine Autofahrervolk

verteilen. Und das ist auch an anderen Stellen so: Sage und schreibe 8,5 Stellen sind bisher in den Bezirken vorgesehen, um den Bereich Wohnungspflege und Leerstandskontrolle zu realisieren, und die sollen absehbar auch noch gekürzt werden. Wie wäre es denn, wenn 100 Menschen eingestellt würden, um etlichen leer stehenden und 40.000 zweckentfremdeten Wohnungen auf die Spur zu kommen? Stattdessen wird eine neue Reiterstaffel der Polizei eingesetzt, die glücklicherweise nicht gleich 100 Pferde, Boxen, Ställe, Transporter umfasst.

Es geht um die Sicherung der kulturellen Vielfalt der Stadt, aber es geht um weitaus mehr, es geht um das ganze Haus! Nicht nur Herr Stuth muss wegen Unfähigkeit entlassen werden, der ganze Senat gehört in den zwar nicht sonderlich verdienten und möglichst auch nicht noch überbezahlten Ruhestand versetzt!

Deshalb gehen die Proteste und Aktionen weiter, das nächste Mal am Donnerstag, den **4. November von 17:30 bis 20:00 Uhr in der Alsterdorfer Sporthalle** (Krochmannstraße 55) bei der Veranstaltung der Hamburger Gewerkschaften unter dem Motto »Gerecht geht anders! Protest und Solidarität«. Mit dabei: Frank Bsirske, Heinz Rudolf Kunze & Band, Rolf Becker und AktivistInnen vom Schauspielhaus, Altonaer Museum und den Bücherhallen.

## Ausschluss wg. »Bruchs der Verschwiegenheit«?



Norbert Weber, Joachim Bischoff und Knut Persson bei der Buchvorstellung

Die Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur HSH Nordbank am 22.10. wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses mit der Mitteilung eröffnet, er habe den Auftrag an die Arbeitsstelle des PUA erteilt, zu prüfen, ob »gegen die Verschwiegenheitsregeln des Unter-

suchungsausschusses durch Dr. Joachim Bischoff verstoßen wurde«. Er sprach dabei von einem Anfangsverdacht.

Selbstverständlich gibt es im Parlament zu akzeptierende Regeln. Es ist allerdings mein Grundverständnis, dass die Aufgabe der Kontrolle und der Aufklärung durch diese Regeln

nicht eingeschränkt werden dürfen. Ob ich die Verschwiegenheit des Untersuchungsausschusses missachtet habe, soll jetzt durch ein Gutachten des Arbeitsstabes festgestellt werden. Ich unterstelle, dass diese Prüfung rechtmäßig ist, obwohl so etwas im Gesetz über den Untersuchungsausschuss nicht geregelt ist.

Bei der Prüfung des Anfangsverdachts eines Bruchs der Verschwiegenheit sind in meinem Fall sämtliche rechtsstaatlichen Regeln missachtet worden. Ich wurde nicht angehört, geschweige denn über die eingeleiteten Schritte informiert. Auf der Sitzung des Untersuchungsausschusses hat der Vorsitzende nicht nur die Einleitung einer Prüfung verkündet, sondern zugleich eine politische Kommentierung der Vorverurteilung zugelassen.

Konkreter Anlass für den Versuch, mich und Norbert Weber aus dem Untersuchungsausschuss auszuschließen, ist die Pressemitteilung (siehe die Dokumentation auf der folgenden Seite dieses BürgerInnenbriefes) anlässlich der Veröffentlichung des von Knut Persson, Norbert Weber und mir verfassten Buches »Tatort HSH Nordbank – Über »Bankenretungen«, Landesbanken und Schlammschlachten«, das wir am 21.10. vorstellten, sowie ein »Dossier«, in dem wir in Vorbereitung auf die PUA-Anhörung des ehemaligen Finanzsenators und HSH-Aufsichtsratsmitglieds Michael Freytag (CDU) Fragen und Zitate notiert hatten, mit denen wir Freytag konfrontieren wollten (dokumentiert auf der Website <http://joachimbischoff.de>).

Norbert Hackbusch stellt in einer Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zu Recht heraus: »Es handelt sich um eine Vorverurteilung, eine Kampagne der schwarz-grünen Koalition aufgrund von Spekulationen gegen eine einzelne Person und eine politische Linie. Es soll mit dem angedrohten Ausschluss von Joachim Bischoff einer der profiliertesten Kritiker des Finanzgebarens der HSH Nordbank mundtot gemacht werden. Dies steht offensichtlich auch im Zusammenhang mit der für heute angesetzten Vernehmung von Finanzsenator a.D. Dr. Michael Freytag. Die Fraktion DIE LINKE sieht in den Vorwürfen einen Angriff auf ihre Arbeit im Untersuchungsausschuss.«

Der Vorwurf des Bruchs der Verschwiegenheit hat auch für mich einen deutlichen politischen Hintergrund. Es soll weder über das enorme Bedrohungspotenzial der Bank für die öffentlichen Haushalte und die Steuerzahler, noch über politische Alternativen gesprochen werden. Zum ändern sollen Verantwortliche für die Bank geschont werden. Der Anfangsverdacht bezieht sich offenkundig nicht auf Geschäftsgeheimnisse der Bank oder andere geschützte Daten und Tatsachen. Die Verschwiegenheit soll gebrochen worden sein im Hinblick auf Einschätzungen des ehemaligen HSH-Aufsichtsratsmitglieds Freytag.

In aller Entschiedenheit weise ich den Anwurf zurück, die Kritik an der HSH Nordbank und den handelnden Personen sei nicht konstruktiv oder ich hätte Geschäftsgeheimnisse der Öffentlichkeit preisgegeben. Diese Vorhaltungen sind absurd (siehe auch meine »Persönliche Erklärung«, nachzulesen auf Seite 6 in diesem BürgerInnenbrief).

Die HSH Nordbank ist seit ihrer Existenz im Jahr 2003 von der Freien und Hansestadt mit milliardenschweren Eigenkapital ausgestattet worden. Ende 2009 sind 77 Mrd. Euro toxische Papiere (Wertpapiere und Kredite) in eine Bad Bank ausgelagert worden. Hier soll auf Jahrzehnte eine kontrollierte Auflösung der Engagements erfolgen, sodass die Belastungen der Eigentümer möglichst gering bleiben. Zudem soll die Bank ein neues Geschäftsmodell entwickeln, in dem das Kreditersatzgeschäft keine Rolle mehr spielt. Ob all dies gut geordnet ist, bedarf der Kontrolle und Debatte.

Die HSH Nordbank steht nicht allein. Mindestens drei andere Landesbanken sind in einer ähnlich schwierigen Lage. Das Volumen der toxischen Papiere liegt für diese vier staatlichen Institute zwischen 200 und 300 Mrd. Euro. Im Nachtragshaushalt von Nordrhein-Westfalen werden aktuell 1,3 Mrd. Euro Einschluss für das Sondervermögen WestLb beantragt. Einerseits werden wegen Beträgen von unter einer Million Euro Jugend- und Kultureinrichtungen geschlossen, andererseits Milliarden für eine fragwürdige Sanierung von Landesbanken bereitgestellt.

In all diesen Fällen – Bayern LB, Landesbank Baden-Württemberg, West LB und HSH Nordbank – geht es auch um die politische Verantwortlichkeit für die spekulativen Geschäfte dieser Landesbanken und die Frage, ob bei Aufsichts- und Verwaltungsräten nicht eine Mitverantwortung für die Entwicklung und den viel zu späten Versuch des Gegensteuern gegeben ist.

Der Gipfel der unverantwortlichen Politik ist für mich: Für Beschäftigte des öffentlichen Bereichs wurden Rückstellungen für spätere Ruhegehälter gebildet; in Hamburg wurden für diese Rückstellungen Aktien der HSH Nordbank erworben. Wegen massiver Wertberichtigungen und ausbleibender Dividendenzahlungen ist der Hamburger Versorgungsfonds selbst in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten.

Die Abgeordneten des Hamburger Untersuchungsausschusses sollen klären,

- ob es zurechenbare personelle Verantwortlichkeiten gibt,
- wie in Zukunft eine solche Fehlentwicklung verhindert werden kann,
- und wie mit dem Schaden umzugehen ist, der möglicherweise erst in den nächsten Jahren in allen Dimensionen sichtbar wird.

Wer glaubt, dass dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu erreichen ist, hat den Auftrag des Ausschusses gründlich missverstanden.

Am 5. November findet um 17:00 Uhr die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 6, Reimarus-Saal) statt. Angehört werden soll der ehemalige Erste Bürgermeister, Ole von Beust, zu seiner Rolle und Verantwortung im HSH-Debakel. Während dieser oder einer der kommenden Sitzungen wird dann hoffentlich auch klargestellt werden, dass der Vorwurf der Verletzung des Verschwiegenheitsgebots in unserem Fall mit dem Auftrag eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht vereinbar ist.

## Kurzfassung: »Tatort HSH Nordbank

# DIE LINKE.

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft  
Hamburg, 21. Oktober 2010

Die HSH Nordbank gerät nicht aus den Schlagzeilen. Nachdem das Bankinstitut Milliardenkredite, Eigenkapitalhilfen und Garantien der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein sowie der SoFFin zur »Bankenrettung« in Anspruch nehmen musste - und ein Ende ist nicht in Sicht, wie jüngst das Beispiel der HypoRealEstate erneut deutlich machte -, ist zunehmend von »Fallen stellen« und persönlichen Schlammschlachten die Rede. Hinter diesen handfesten Skandalen steht ein größeres Problem: Die HSH Nordbank und andere Landesbanken verkörpern das Desaster von Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Global Player zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte aber nicht beherrschten und deswegen mit dem Geld der Bürger aus Schleswig-Holstein und Hamburg gnadenlos scheiterten, die jetzt die Zeche zahlen müssen. Um hohe Profite generieren zu können, wurde das erhöhte Risiko der getätigten Geschäfte vom Führungspersonal der Bank bewusst in Kauf genommen, was die zuständigen Bankmanager mehr oder minder »selbstbewusst« in den Befragungen der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse auch einräumen mussten.

Die Autoren - Joachim Bischoff, Knut Persson und Norbert Weber - des soeben erschienenen Buches



### Tatort HSH Nordbank

Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten  
168 Seiten; 14.80 EUR  
ISBN 978-3-89965-445-5,  
VSA: Verlag Hamburg 2010  
decken die Hintergründe für die massive Schieflage auf, in die die HSH Nordbank manövriert wurde. Sie liefern Zahlen zum vorläufigen Gesamtschaden, der zu Lasten des Steuerzahlers geht, analysieren die zugrunde lie-

gende Finanzkrise sowie die Rolle der Landesbanken und machen deutlich, dass es Alternativen zu den halbherzigen Reformen des Bankensektors gibt.

Es geht in diesem Buch um das exemplarische Scheitern einer zur international agierenden Kapitalmarktbank aufgeplusterten Regionalbank. Dabei werden auch Strukturen und politische Akteure genauer betrachtet. Und es wird an das Kerngeschäftsfeld einer Landesbank erinnert, das darin bestehen sollte, Investitionsmittel für sinnvolle lokale und regionale Investitionen im Interesse der Bevölkerung bereitzustellen.

Für das gescheiterte Experiment auch der HSH Nordbank, auf den internationalen Finanzmärkten gute Erträge erwirtschaften zu wollen, um mit den Dividenden die maroden öffentlichen Haushalte zu stützen, müssen im Zweifelsfall die Steuerzahler enorme Summen aufbringen.

Den vorläufigen Gesamtschaden beziffern die Autoren wie folgt:

- 3,2 Mrd. Euro Kapitaleinschuss bei Gründung der Bank 2003 (Kurs 93 Euro/Aktie)
- 2,2 Mrd. Euro Umwandlung stiller Einlagen ins Eigenkapital (2007)
- 3,0 Mrd. Euro Kapitaleinschuss Herbst 2008 (19 Euro/Aktie, bei geschätztem Wert von 10 Euro/Aktie)
- 8,5 Mrd. Euro Summe der Einlagen: Hamburg und Schleswig-Holstein
- 10,0 Mrd. Euro Garantie beider Länder
- 14,0 Mrd. Euro SoFFin-Garantien (2008 noch 30,0 Mrd. Euro)
- 24,0 Mrd. Euro Summe der Garantien
- Summe 32,5 Mrd. Euro: Einlagen und Garantien

Das Eigenkapital wird im ersten Halbjahr 2010 mit 4,1 Mrd. Euro, die Risikovorsorge mit 5,2 Mrd. Euro (entspricht sinngemäß einer Rückstellung) angegeben. Auf der anderen Seite stehen den »Kreditqualitäten« (wie sie im Quartalsbericht 2-2010 bezeichnet werden) hoch ausfallgefährdete Wertpapiere in Höhe von mindestens 61,7 Mrd. Euro gegenüber.

Die Aktien der Bank stehen bei den Eigentümern noch mit 19 Euro in den Büchern. Selbst für die EU-Kommission ist dies eine angesichts sonstiger Bankaktien überhöhte Preisschätzung. Schon die früher festgesetzte Untergrenze von zehn Euro pro Aktie dürfte im wirklichen Wertpapierhandel nicht zu erzielen sein. Ob man überhaupt noch einen Euro für die Bank Erlösen kann, ist ohnehin fraglich. Anders ausgedrückt: Würde man einen Käufer finden, der die Bank für einen Euro übernimmt (natürlich ohne Garantien, aber mitsamt der Risiken), wäre das ein glänzendes Geschäft für die Länder. Man müsste »nur« 8,5 Mrd. Euro abschreiben und nicht 32,5 Mrd. Euro.

**Die Autoren gehen davon aus, dass der Gesamtschaden mindestens 32,5 Mrd. Euro beträgt.**

Der frühere schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Werner Marnette bezifferte den Schaden auf 70 Mrd. Euro und sprach am 4.10.2010 im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Kiel von einer »Zeitbombe«. Ob die Autoren untertreiben oder Marnette übertreibt, sei dahingestellt. Der Schaden für die beiden Länder ist auf alle Fälle existenzgefährdend.



Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE  
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
Tel. 0174/336 43 34  
E-Mail: joachim.bischoff  
@linksfraktion-hamburg.de

Hamburg, den 22.10.2010

### **Persönliche Erklärung zum beantragten Ausschluss aus dem PUA HSH Nordbank**

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur HSH Nordbank ist der Vorwurf erhoben worden, dass ich gegen die gesetzlich eingeforderte Verschwiegenheit verstoßen hätte.

Formaler Anlass dafür ist das gestern während einer Pressekonzferenz vorgestellte, neu erschienene Buch mit dem Titel »Tatort HSH Nordbank« (Verfasser: Joachim Bischoff, Knut Persson, Norbert Weber) sowie ein zur Vorbereitung auf die heutige PUA-Sitzung verteiltes »Dossier«.

In der Skandalbank HSH haben die Aufsichtsräte am 21. Oktober 2010 über neuerliche Spitzelaffären beraten. Nach Presserklärungen ist ein Ende in diesem Hamburger Tollhaus nicht absehbar. Die Opposition (DIE LINKE und SPD) verweist immer wieder darauf, dass die Entwicklung nicht länger hinnehmbar ist, und fordert die Hamburger Regierungskoalition auf, als Miteigentümerin der Bank für eine Beendigung dieser bankinternen Schlammschlacht einzutreten.

Strittig ist auch, was denn der Ausgangspunkt der Entwicklung zur Zocker- und Skandalbank war. Die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Hamburg und Kiel versuchen seit weit über einem Jahr aufzuhellen, inwieweit die massive Schiefelage der HSH Nordbank nur eine Folge der schweren Finanzmarktkrise seit dem Herbst 2009 ist oder wie weit eben auch hausgemachte Fehlentwicklung zu diesem Beinahe-Konkurs beigetragen haben. Auch bei der Staatsanwaltschaft sind Ermittlungsverfahren gegen die Bank anhängig. Dabei geht es nicht nur um mögliche Pflichtverletzungen von Vorstandsmitgliedern, sondern auch um solche von Aufsichtsratsmitgliedern. Im Hamburger PUA wird in diesem Zusammenhang heute das frühere Aufsichtsratsmitglied, der frühere Finanzsenator Michael Freytag, angehört.

Die »Süddeutsche Zeitung« (SZ) brachte am 21. Oktober 2010 den weitverbreiteten Eindruck auf den Punkt: Das frühere Aufsichtsratsmitglied Freytag sei zweifellos gescheitert und »diesem Versagen hat er eine eigene Formel gegeben... Die HSH Nordbank ist im Kern gesund. Das sagte Freytag noch im Herbst 2008« (SZ vom 21.10.2010, S. 20). Ich habe in dem o.a., gestern verteilten Vorbereitungspapier u.a. einige Passagen angeführt, die

1. belegen, dass Herr Freytag noch am 26. Juni 2008 im Haushaltsausschuss diese Auffassung vertreten hat.
2. Ich habe mich weiter auf die Aussagen des früheren Wirtschaftsministers Marnette bezogen, der von einer bewussten Desinformation der verantwortlichen PolitikerInnen in Kiel und Hamburg ausgeht.

Meine These ist, dass Herr Freytag bereits Ende 2007 über die massiven Liquiditätsprobleme und die sich ausweitende Krise der HSH informiert war, aber erst lange nach der Bürgerschaftswahl (Februar 2008) und der Kapitalerhöhung im Juni 2008 den Aktionären und der Öffentlichkeit reinen, also höchst sauren Wein einschenkte.

Es geht in diesem Zusammenhang um politische Wertungen und keine Ausbreitung von Geschäftsgeheimnissen. In unserer kleinen Studie zur HSH haben wir uns lediglich auf öffentlich zugängliche Daten über diese Bank (Geschäftsberichte etc.) gestützt und keine der Verschwiegenheit unterliegenden Vorgänge herangezogen.

Die Überprüfung meiner Veröffentlichungen durch den Arbeitsstab wurde vom Vorsitzenden Krüger veranlasst, ohne mich zuvor zu informieren oder anzuhören. Ich soll offensichtlich mundtot gemacht werden, als Kritiker unhaltbarer Strukturen und Entscheidungen auf undemokratische Weise ins Abseits gestellt und von der weiteren Aufklärung dieser Verhältnisse ferngehalten werden.

Ein Herr Nonnenmacher und auch Herr Freytag konnten und können sich offenbar erlauben, was sie wollen. Ihre Verantwortung für das Milliarden schwere Desaster, das den Hamburger Haushalt massiv belastet, soll vor der Öffentlichkeit kaschiert werden. Wer dagegen Licht in die trüben Verhältnisse bringen will, erfährt den geballten Widerstand einer mit diesen Figuren vielfältig verwobenen Senatskoalition.

Vereinzelt mich auf Akten zu beziehen, ohne dabei Geschäftsgeheimnisse der HSH Nordbank preiszugeben, verstehe ich als einen notwendigen Schritt, die Öffentlichkeit über die Verantwortung und das Gebaren einer führenden Person zu informieren. Dies geschah auch deswegen, weil sich der PUA im vergangenen Jahr oftmals als nur recht stumpfes Schwert mit mangelnden Kompetenzen erwiesen hat. Noch immer werden den PUA-Mitgliedern einzelne Akten vorenthalten, sind bestimmte Passagen in gelieferten Unterlagen geschwärzt, wird oftmals unter Ausschluss der Öffentlichkeit getagt, mussten wiederholt Erklärungen unterzeichnet werden, nicht zu viel von den Informationen preiszugeben. Wie aber soll die an der Aufklärung interessierte Öffentlichkeit – es geht hier schließlich nicht um ein banales Kavaliersdelikt, sondern um eine systematische Kaschierung von zentralen finanzpolitischen Aspekten mit erheblicher, ja dramatischer Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit letztlich der ganzen Stadt – umfassend in Kenntnis gesetzt werden, wenn immer wieder Grenzen gesetzt wur-

den und die Regierungsparteien (vor allem die CDU) im Grunde ihr Desinteresse an einer vernünftigen Aufklärung und den nötigen Konsequenzen deutlich machten? Übrigens ganz ähnlich wie im PUA Elbphilharmonie, wo ein CDU-Abgeordneter keine Möglichkeit auslässt, kritische Fragen zu torpedieren und deren Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit permanent in Frage stellt.

Ich bleibe dabei: Ich habe keine »Betriebsgeheimnisse« verraten oder jemanden persönlich »angeschwärzt«. Ich habe vielmehr meinen Auftrag als Bürgerschaftsabgeordneter ernst genommen, Licht in die verschlungenen, dunklen Transaktionen der HSH Nordbank zu bringen. Dies habe

ich immer auch als eine zentrale Aufgabe verstanden, der interessierten Öffentlichkeit zu signalisieren, dass Kritik an desaströsen Verhältnissen in einer demokratischen Gesellschaft auch zu persönlichen, politischen und strukturellen Veränderungen auf verantwortlicher Seite führen muss und kann. Sollte dies alles nicht geschehen – und die Vorwürfe der Koalition gegen mich scheinen das zu belegen – wird dies der skeptischen Haltung von Teilen der Bevölkerung gegenüber dem Parlament im Allgemeinen und dem PUA im Besonderen neue Nahrung verschaffen.

Dr. Joachim Bischoff, MdHB, Fraktion DIE.LINKE

## Ross & Reiter wollen im Dunkeln munkeln

Zum Versuch, DIE LINKE im HSH Nordbank-PUA mundtot zu machen | von Michael Joho



Lieber unscharf und im Dunkeln bleiben: Michael Freytag im PUA am 22.10.

»Wer die Wahrheit kennet und spricht sie nicht,  
Der bleibt fürwahr ein erbärmlicher Wicht!«  
(Daniel August Binzer, Ur-Burschenschaftler 1793-1868)

Einige Stunden vor der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur HSH Nordbank am 22. Oktober erfuhr ich, dass ein möglicher Ausschluss von Joachim Bischoff anstehen könnte. Er hatte mich von dem vagen Gerücht in Kenntnis gesetzt und war sichtlich betroffen. Über viele Monate hatte ich mitbekommen, welchen hohen Stellenwert dieses Gremium für ihn hatte und mit welchem Aufwand an Zeit und Energie er die Sitzungen vorbereitete. Manchmal

staunte ich über den Grad seines bis an die Erschöpfung reichenden Engagements, stand dieses doch zunehmend in Kontrast zur Bedeutung, die dem PUA und erst recht den Bankern unter meinen FreundInnen und Bekannten beigemessen wurde: In der HSH seien doch sowieso alles Schlitzohren, die sich die Taschen vollpacken; und den verantwortlichen PolitikerInnen gehe jegliches ernsthaftes Interesse an Transparenz und Aufklärung ab, da sie mit der Bank auf verschiedenste Weise verhandelt seien. Was sollte da noch ein PUA bringen?

Anders sah und sieht das Joachim, der immer wieder auch darüber erschüttert war, wie sehr Hamburgs Finanz-Haushalter und besonders die Bankoberen die von ihnen selbst so

hoch gehängten Grundsätze des »ehrbaren Kaufmannes« verletzen. Wie oft klagte er darüber, dass »diese Herren« (und Damen) das Parlament und den Ausschuss gerade mal soweit akzeptierten, wie sie es eben nicht vermeiden konnten. Er vertrat vehement die Überzeugung, die PUA-Arbeit sei wichtig, man müsse dran bleiben, Ross und Reiter benennen und die renditebesoffene Klientel anklagen. Selbst im Kapitalismus, unter den Bedingungen der bestehenden Verhältnisse, gelte es, demokratische Grundpositionen zu beherzigen, an die sich auch »die da oben« zu halten hätten, während ich persönlich eher der Auffassung zuneige, »denen« alles zuzutrauen.

Mir war immer klar, und Joachim sicher noch viel stärker, dass er eine Tätigkeit auf Abruf betrieb. Ein LINKER, der in die inneren Mechanismen der kapitalistischen Finanzwirtschaft Einblick nimmt und dafür auch noch als ausgewiesener Politik-ökonom die nötigen Voraussetzungen mitbringt – das war und ist nun wirklich das Letzte, was der herrschenden Klasse behagt. Und so hing immer das Damokles-Schwert über ihm, irgendwann einmal seine Schnürbänder nicht richtig verknötet zu haben, und darüber zum Straucheln gebracht zu werden. Zuletzt hatte ich allerdings den Eindruck, dass er sich durch die unbestrittene Fachkompetenz so viel Anerkennung erarbeitet hatte – sowohl unter einigen ParlamentskollegInnen der anderen Fraktionen als auch in der Presse –, dass er wohl bis zum Ende des PUA durchkommen würde.

Ich habe mich getäuscht. Die andere Seite hat immer darauf gelauert, Joachim etwas ans Leder flicken zu können. Jetzt glaubt sie offensichtlich, mit den im Dossier »Senator Freitag und die HSH Nordbank« angesprochenen Äußerungen aus Aufsichtsratsprotokollen, die so keinerlei Geschäftsgeheimnisse offenbaren, aber – so die Unterstellung – nicht öffentlich zugänglich gewesen seien, die »offenen Schnürbänder« ausgemacht zu haben. Abgesehen davon, dass die Unterstellung nicht zu beweisen sein dürfte, stellt sich mir die Frage, wie eigentlich Licht in eine nicht ganz unbedeutende Sache gebracht werden soll, wenn man permanent genötigt ist, zu erklären und zu unterschreiben (wie ich selbst es bei der Einsichtnahme in die Elbphilharmonie-Unterlagen über mich ergehen lassen musste), nichts klar und eindeutig mitteilen zu dürfen. Überzeugte AufklärerInnen sind dadurch irgendwann mit der Herausforderung konfrontiert, das Wissen über das ganze korrupte System, die Halbwahrheiten und Lügen weitergeben zu wollen. »Wer die Wahrheit kennet und spricht sie nicht, Der bleibt fürwahr ein erbärmlicher Wicht!«, ist ein Satz, den sich auch verschiedene PolitikerInnen der Regierungsfaktionen hinter die Ohren schreiben sollten, zumal etliche von ihnen Herrn Binzer ja kennen dürften.

Wie sehr ich mich getäuscht habe, wurde mir am Abend des 22. Oktober besonders deutlich, als ich die Aufführung »PUA-Sitzung« live erleben durfte. Einige Politiker der Regierungsfaktionen gerieten förmlich aus dem Häuschen und attackierten Joachim mit unsäglichen Bemerkungen, wohl, um ihn aus der Reserve zu locken oder besser: ihn endlich mal so richtig unter Druck zu setzen. Besonders herausragend gerierte sich der CDULer Dittmar Lemke, der sich nicht entblödete, Joachim »finanzielle Gier« und die »Befriedigung von Eitelkeiten« zu unterstellen, da dieser sich erdreistet hatte, mitten in einem laufenden PUA-Verfahren ein Buch zur HSH Nordbank zu verfassen. Mir leuchtet ja ein, dass einem CDU-Vertreter hier die Phantasie durchgeht und er auch anderen unterstellt, immer gleich die Hand aufzumachen und keine Möglichkeit auszulassen, einen Extraverdienst einzustreichen... Dieser verehrte CDU-Mann ging in seinen Tiraden noch weiter und bemühte ausgerechnet die »wehrhafte Demokratie«, die angesichts der ganz ungeheuren Verfehlungen des Abgeordneten Dr. Bischoff nun in voller Breitseite in Stellung gebracht werden müsste. Es darf schon als perfide bezeichnet werden, dass mit diesem Begriff unterschwellig ein Zusammenhang zu den Zeiten des »Anti-Terror-Kampfes« hergestellt wurde.

Und auch die GAL-Vertreter im PUA, Andreas Waldowsky und Farid Müller, ließen sich bei solch starken Worten nicht gerne abhängen. »Herr Dr. Bischoff hat dem PUA allergrößten Schaden zugefügt«, war eine der besonders schönen Floskeln. Man habe eh schon genügend Probleme damit, an alle Akten der HSH heranzukommen, jetzt würde diese wohl die Schotten zuziehen, um zu verhindern, dass noch mehr »Betriebsinterna« an die Öffentlichkeit gelangen. Es gehört schon eine gewisse Dreistigkeit dazu, mit solch einem »Argument« einen der hartnäckigsten Kritiker des Verhaltens der HSH-Verantwortlichen für die dubiose Praxis der seit Monaten anhaltenden Aktenverweigerung verantwortlich machen zu wollen und der Bank damit zugleich nahezu legen, dieses Verhalten auf ewig fortzusetzen.

Angesichts dieser gehässigen Äußerungen und des ganzen, vom Zaun gebrochenen Spektakels beschleicht mich die Frage, ob die zitierten Herren eigentlich noch ein Interesse daran haben, die Skandale in und um die HSH Nordbank aufzuklären, geschweige denn Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Meine Zweifel werden noch größer, wenn ich bedenke, dass sie als Mitglieder der Regierungsparteien, die sich anlässlich der Inthronisation ihres gemeinsamen, ewig lächelnden Ex-Verbindungsstudenten vor kurzem wieder die Nibelungentreue geschworen haben, Mitverantwortung für das HSH-Desaster tragen.

## Am Wochenende ins Wendland!

um dem neuen Castor-Transport gehörig eins auszuwischen – allemal nach dem Beschluss der Bundesregierung, den »Atomkompromiss« aufzuheben und die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um viele Jahre zu verlängern (siehe auch [www.sozialismus.de/archiv/kommentare\\_analysen/detail/artikel/atomkraft-ja-bitte/](http://www.sozialismus.de/archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/atomkraft-ja-bitte/) und [www.castor2010.de](http://www.castor2010.de))

**Groß-Demonstration in Dannenberg, Samstag, 6. November 2010, 13:00 Uhr**



# Manipulation für »Gemeinschaftsstraße«?

Gemeinsame Erklärung des Bürger- und des Einwohnervereins von St. Georg (30.10.2010)



Lange Reihe

Für den 28. Oktober hatte das Bezirksamt Hamburg-Mitte zu einer »Auftaktveranstaltung« zum »Modellvorhaben Gemeinschaftsstraße in Hamburg-Mitte« eingeladen. Ziel sollte es sein, ein Votum für die Lange Reihe als Gemeinschaftsstraße herbeizuführen. Nicht nur der Bürger- und der Einwohnerverein bezogen in den vergangenen drei Jahren eine ablehnende Haltung zu Shared Space bzw. zur so genannten Gemeinschaftsstraße, auch der Stadtteilbeirat St. Georg und die Heinrich-Wolgast-Schule haben sich dagegen ausgesprochen. Veränderungen ja, aber keine Gemeinschaftsstraße nach den Vorstellungen der Behörde!

Die Auswertung der streckenweise chaotisch geleiteten Veranstaltung besorgte dann die an dem Projekt und einem positiven Beschluss besonders interessierte GAL-Fraktion Mitte. Die Überschrift ihrer Pressemitteilung vom 29. Oktober lautet: »Verkehrsberuhigung unter dem Dach der Gemeinschaftsstraße«. Dies ist eine Verfälschung der Ereignisse, die wir hiermit richtig stellen wollen.

1. Bürger- und Einwohnerverein plädieren zusammen mit vielen BürgerInnen seit langem für verkehrsberuhigende und lärmindernde Maßnahmen und eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs auf der Langen Reihe. Unter anderem fordern wir eine stärkere Kontrolle des Parkverkehrs (u.a. in der zweiten Reihe), aber auch der abendlichen (Außen-)Gastronomie sowie »Tempo 30«. Ein entsprechender Antrag, diese nur wenig Aufwand erfordernde Temporeduzierung sofort umzusetzen, wurde von der Veranstaltungsleitung missachtet.

2. Um Verbesserungen für die Lange Reihe auf den Weg zu bringen, unterstützen Bürger- und Einwohnerverein alle Maßnahmen, die auf der Basis einer ehrlichen und wirklich offenen Bürgerbeteiligung entwickelt werden.

3. Auf der so genannten Auftaktveranstaltung am 28. Oktober mit anfangs rund 150 BesucherInnen ging es offensichtlich nicht um eine offene Bürgerbeteiligung, sondern um die Durchsetzung eines vom Bezirk, vor allem der GAL Mitte, unbedingt gewollten Beschlusses zur Gemeinschaftsstraße.

4. Teilweise wurden an diesem Abend von verantwortlichen Personen falsche Informationen verbreitet, die für Konfusion sorgten. Auf die Befürchtung nochmals steigender Mieten als Folge einer Gemeinschaftsstraße wurde die beabsichtigte Einführung einer Sozialen Erhaltungssatzung für Teile St. Georgs angeführt – die aber keinerlei Schutz gegen überbordende Mieterhöhungen darstellt. Auch wurde der Eindruck erweckt, die für das Projekt in Aussicht gestellten Mittel könnten von

den St. GeorgerInnen quasi nach Gutdünken verteilt werden – was erst am Schluss korrigiert wurde und für weitere Unsicherheit sorgte. Der vor diesem Hintergrund eingebrachte Antrag, an diesem Abend nichts über die Kriterien einer Gemeinschaftsstraße erfahren zu haben und von daher darüber auch gar nicht abstimmen zu können, wurde vom »Moderator« abgewürgt.

5. Die offensichtlich bewusst herbeigeführte Konfusion gipfelte in einem »Meinungsbild«, das der Moderator höchst parteilich bis manipulativ herstellte. Trotz großer Unruhe im Saal, worüber genau abgestimmt wird, setzte er alles daran, ein positives Votum zu erzielen. Zeitgleich wurde per Beamer ein Satz an die Wand geworfen, der etwa lautete: »Wenn jetzt PRO abgestimmt wird, dann gibt es voraussichtlich eine Bürgerbeteiligung, wer KONTRA abstimmt, spricht sich lediglich für die Beseitigung von Fahrbahnschäden der Langen Reihe aus.« Angesichts dessen war klar, dass sich ein großer Teil (49:5:20) für eine Bürgerbeteiligung, mithin für Verbesserungen im Allgemeinen aussprechen würde.

6. Aus dieser chaotischen Abstimmung jedoch ein Votum für die Gemeinschaftsstraße zu machen, ist eine grobe Umdeutung des Votums der Mehrheit der zu diesem Zeitpunkt noch anwesenden BürgerInnen. Es ging um nichts anderes als eine Bekräftigung des Willens, Verbesserungen für die Lange Reihe herbeizuführen zu wollen. Die interessegeleitete Veranstaltungsleitung verhinderte in diesem Zusammenhang ein klares Bekenntnis zu Tempo 30.

Helmut Voigtland (Bürgerverein zu St. Georg von 1880) erklärt dazu: »Ich bin sehr verärgert darüber, dass das vom Moderator unter Druck und recht konfus herbeigeführte »Meinungsbild« umgedeutet werden soll als Bestätigung für ein Projekt Gemeinschaftsstraße. Ich habe selbst »dafür« gestimmt, aber nicht für eine Shared-Space-Zone oder eine Gemeinschaftsstraße, sondern für reale Verbesserungen, die kostengünstig kommen und den BürgerInnen nutzen.«

Michael Joho (Einwohnerverein St. Georg von 1987) erläutert: »Ich habe mich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil die Voraussetzungen für ein ordnungsgemäßes, klares Votum völlig fehlten und ich mich einer solchen Farce nicht aussetzen wollte. Mein Eindruck war, dass es an diesem Abend um nichts anderes ging, als unter allen Umständen einen Beschluss für dieses Projekt herzustellen. Das ging auf Kosten einer sachlichen Aufklärung und wurde von der Veranstaltungsleitung manipulativ in diese Richtung gesteuert.«

## Kultur-Tipp: Erinnerung & »Lider fars Leben«



Ehemalige Synagoge am Bornplatz (Teilansicht)

Die ersten Novembertage stehen seit vielen Jahren im Zeichen der Erinnerung an die Reichspogromnacht, bei der vom 9. auf den 10. November 1938 Hunderte von Geschäften jüdischer InhaberInnen und Synagogen von den Nazis zerstört und etliche Menschen jüdischen Glaubens ermordet wurden. Anlässlich des 72. Jahrestages findet am Dienstag, den **9. November, zwischen 15:30 und 17:00 Uhr** eine Mahnwache auf dem Joseph-Carlebach-Platz am Grindelhof statt. Auf der u.a. von PAX Christi und dem Auschwitz-Komitee veranstalteten Mahnwache werden an diesem historischen Ort (hier stand die damals angezündete und zerstörte Bornplatz-Synagoge) sprechen: Dr. Linde Apel (Leiterin der »Werkstatt der Erinnerung«), Ruben Herzberg (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hamburg), Prof. Dr. Dieter Lenzen (Präsident der Universität Hamburg, angefragt), Wolfgang Rose (ver.di-Landesbezirksleiter) und Jens Huckeriede (Filmemacher).

Dieses Erinnern und Mahnen wird begleitet von antifaschistischen Kulturveranstaltungen: **Am 1. und 2. November**, jeweils um 19:30 Uhr, gibt die Petersburger Theatercompagnie »Comic Trust« im Ernst Deutsch Theater (Friedrich-Schütter-Platz 1) das Stück »Spam für den Führer«. Darin setzt Regisseur Vadim Fisson mit Hilfe moderner Informationstechniken

den II. Weltkrieg als Grotteske in Szene. Im Foyer präsentieren Petersburger und Hamburger SchülerInnen vor Beginn der Vorstellungen in Bild und Ton, wie Russen und Deutsche an den Krieg erinnern (Eintritt: 9/18 Euro).

Am **Donnerstag, den 4. November**, 18:00 Uhr, gastiert das Tandra-Ensemble im Fundus Theater (Hasselbrookstraße 25). Aufgeführt wird das Stück »1944 – Es war einmal ein Drache«. Es richtet sich an Jugendliche und Erwachsene und schildert eine wahre Geschichte aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück: die heimliche, kaum glaubliche Weihnachtsfeier Ende 1944, die die Insassinnen für sich und vor allem für die Kinder organisierten (Eintritt 5/6 Euro).

Und schließlich gibt es am **Donnerstag, den 11. November**, 19:30 Uhr, im Hörsaal des Departments für Wirtschaft und Politik der Uni Hamburg (Von-Melle-Park 9) eine Veranstaltung unter dem Titel »Gegen das Vergessen«. Über ihre Verfolgungsschicksale sprechen Erna Mayer als Tochter eines ehemaligen KPD-Abgeordneten, Rigoletto Weiß zur Deportation der Sinti und Roma sowie Steffi Wittenberg, die 1939 mit ihren Eltern nach Uruguay emigrierte. Esther und Edna Bejarano sowie die Gruppe Coincidence singen »Lider fars Leben« (Eintritt frei).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**